

BERICHT

**der Finanz- und Rechnungsprüfungs-Kommission
zu den**

BUDGETPOSTULATEN 2011

Die FIREKO hat die per 17.11.08 eingereichten Budgetpostulate an ihrer Sitzung vom 24. November 2010 beraten und erläutert in der Folge ihre Einschätzungen und Empfehlungen zuhanden des Einwohnerrates.

B1 POS. 900-400 Senkung Steuerfuss auf 56%

von: C. Roos, SVP

Beurteilung:

Die Kommission zieht in ihren grundsätzlichen Erwägungen zur Frage einer Steuersenkung sowohl die retrospektive Entwicklung der Gemeindefinanzen, die aktuelle Bewertung wie auch die im Finanzplan dargelegten kurz- bis mittelfristigen Perspektiven ein. Einbezogen wird darüber hinaus die Steuersatzentwicklung mit vergleichbaren Gemeinden und dem Kantonsdurchschnitt.

1 Steuerprozent entsprechen bei budgetierten Steuereinnahmen der Natürlichen Personen von 44,4 Mio. Franken einer Reduktion der Steuereinnahmen von 0,76 Mio. bei 1,5% 1,15 Mio. und bei 2% 1,53 Mio. Franken.

Beschlussfassung/Empfehlung:

Die Kommission lehnt den Vorschlag der SVP-Fraktion mit 4 Nein gegen 3 Ja ab.

B2 POS. 900-400 Senkung Steuerfuss auf 56,5%

von: S. Imber, FDP/GLP

Beurteilung:

Analog B1.

Empfehlung:

Die Kommission befürwortet das Postulat der FDP/GLP-Fraktion mit 4 JA gegen 3 Nein.

B3 POS. 942-503.02 Investitionsbudget Mühle

von: A. Bammatter, SP/EVP

Beurteilung:

Betrieb und Unterhalt eines Gastrounternehmens in historischer Bausubstanz ist eine besondere Herausforderung für die Eigentümerschaft wie für die Pächter. Instandsetzungs- und Instandhaltungs-Interventionen sind unabdingbar und nicht verhandelbar, soweit diese die vom Gesetzgeber geforderten Bedingungen der Lebensmittelverordnung und der Sicherheit tangieren.

Zur Einschätzung des Investitionsbedarfs für Bausubstanz, Infrastruktur/Haustechnik und für die Betriebseinrichtungen (Küche/Office) wäre eine Gesamtbeurteilung der latenten Risiken, für die Evaluation von nachhaltigen Verbesserungs- und Nutzenpotentialen und entsprechenden Lösungsmassnahmen von entscheidendem Vorteil.

Empfehlung:

Die FIREKO übernimmt und bestätigt die Argumentation der SP/EVP-Fraktion und ist einstimmig für Streichung des Budgetbetrages und empfiehlt dem Gemeinderat eine entsprechende Projektstudie bzw. Gesamtplanung einzuleiten.

B4 POS. 780-318 Dienstleistungen/Honorare

von: A. Bammatter, SP/EVP

Beurteilung:

In Anlehnung an die Begründungen eines Budgetpostulates für die Rechnung 2010, befürwortet die FIREKO den Beizug externer Expertise zur Wahrung der Interessen der EG Allschwil bei der Sanierung der Deponien Grien und Roemisloch. Die Kommission verbindet diese Zusage mit der Erwartung an den Gemeinderat, dass der Einwohnerrat über die Sanierungsfortschritte und/oder -Probleme auf dem Laufenden gehalten wird.

Empfehlung:

Die Kommission ist einstimmig für Annahme bzw. Überweisung des Postulates.

B5 POS. 651-361 Regionalverkehr/Eigene Beiträge Kanton

von: J. Studer, parteilos

Beurteilung:

Ohne konkreten Verwendungszweck und Nutzwertüberlegungen sind keine ungebundenen bzw. freiwilligen Ausgaben zu sprechen. Die Bereitstellung von Steuergeldern in einer Spezialkasse Öffentlicher Verkehr, unterliegt den gleichen Rahmenbedingungen wie das Budgetpostulat B7. Und es darf die Frage gestellt werden, inwieweit eine zur Schau gestellte, gefüllte Brieftasche Verhandlungen mit dem Kantonalen Partner zu beeinflussen vermögen?

Empfehlung:

Die Kommission lehnt das Postulat mit 6 Nein und einer Enthaltung ab.

B6 POS. 900-400 Senkung Steuerfuss auf 57%

von: J. Studer, parteilos

Beurteilung:

Analog B1.

Empfehlung:

Die Kommission trifft einen vorbehaltenen Entschluss in Anlehnung an die Empfehlung des Budgetpostulates der FDP/GLP-Fraktion. Eine formelle Abstimmung wurde nach Zustimmung zum Budgetpostulat 3954B2 der FDP/GLP nicht mehr vorgenommen.

Beurteilung:

1. Grundsätzliches: Der Auskauf der Beteiligung BBA geschah erfolgsneutral auf der Aktivseite der Bilanz: Verwaltungsvermögen (Konto 115 Beteiligungen) an Finanzvermögen (Konto 100 Flüssige Mittel). Fonds werden in der Bilanz passiv dargestellt (Fremdkapital Konto 281 Sonderfinanzierungen). Die Einrichtung einer „Sonderkasse grüne Energieprojekte“ mit 0,5 Mio. Dotationskapital würde zulasten der laufenden Rechnung 2011 gehen (Zusatzaufwand).
2. Nach § 19 der Gemeinde-Finanzverordnung (GFV) muss zur Einrichtung eines Fonds zwingend ein entsprechendes Reglement erlassen werden.
3. Nach der neuen Gemeinde-Rechnungslegungsverordnung (GRLV), welche am 1.1.2013 in Kraft treten soll, ist die Finanzierung von Fonds durch Abgaben (Steuergelder) nicht zulässig (§22). Fonds sind demgemäss zweckgebundene Mittel von Dritten wie Legate, Schenkungen, Grabfond, etc. Der beabsichtigte Fonds könnte auch unter heute geltendem Recht nach diesen Grundsätzen angefochten werden!
4. Fazit: Die Rechtsgrundlagen zur Überweisung dieses Postulates sind nicht gegeben. Als Grundlage zur Verwirklichung dieser Idee sollten Vorstösse zu konkreten Projekten eingereicht werden. Die Realisierung solcher Investitionsvorhaben hat sich an ökonomischen (Nutzwert) und politischen (Verpflichtungskredit) Rahmenbedingungen zu orientieren.

Empfehlung:

Das Postulat ist abzulehnen, weil die rechtlichen Voraussetzungen dazu nicht gegeben sind.

Allschwil, 24. November 2010

Finanz- und Rechnungsprüfungskommission

Hans-Peter Tschui
Präsident

Stephan Wolf
Vize-Präsident

An der Sitzung haben teilgenommen:

Barbara Selinger (SP/EVP)
Christoph Benz als Ersatz für Semra Wagner-Sakar (SP/EVP)
Julia Gosteli (Grüne)
Matthias Lochmann als Ersatz für Jérôme Mollat (FDP/Grünliberale)
Stephan Wolf (CVP)
Pascale Uccella als Ersatz für Réne Imhof (SVP)
Hans-Peter Tschui (SVP)